

URGENT ACTION

HUNDERTE MENSCHEN WEITERHIN IN HAFT

VENEZUELA

UA-Nr: UA-072/2024-5 AI-Index: AMR 53/0884/2026 Datum: 16. April 2026 – ar

MINDESTENS 485 INHAFTIERTE

In Venezuela werden weiterhin mindestens 485 Personen aus politischen Gründen willkürlich in Haft gehalten. Zwar führte ein im Februar 2026 verabschiedetes Amnestiegesetz zur Freilassung zahlreicher Gefangener, doch viele Inhaftierte wurden darunter entweder nicht berücksichtigt oder werden seither doch wieder verfolgt. Die Regierung geht seit Langem mit willkürlicher Inhaftierung gegen politisch Andersdenkende vor, um jede Form von Kritik zu unterdrücken. Die amtierende Präsidentin Delcy Rodríguez muss dafür sorgen, dass alle willkürlich Inhaftierten freigelassen und die Anklagen gegen sie fallengelassen werden.

Trotz zahlreicher Haftentlassungen und der Verabschiedung eines Amnestiegesetzes im Februar 2026 befinden sich weiterhin Hunderte Menschen in Venezuela zu Unrecht im Gefängnis. Die Familien vieler Inhaftierter schöpften aus Ankündigungen der Behörden Hoffnung, die nun in vielen Fällen zunichte gemacht wurde, da ihre Angehörigen nach wie vor im Gefängnis sind.

Im Dezember 2025 und Anfang Januar 2026 ließen die Behörden einige wenige der damals etwa 1.000 Menschen frei, die aus politischen Gründen willkürlich in Haft waren. Am 3. Januar wurden der venezolanische Präsident Nicolás Maduro und seine Frau Cilia Flores von Streitkräften der USA entführt, woraufhin Delcy Rodríguez zur Interimspräsidentin ernannt wurde. Einige Tage später machte Jorge Rodríguez, der Präsident der Nationalversammlung, die Ankündigung, dass eine „beträchtliche Anzahl“ der inhaftierten Personen freigelassen werden solle, woraufhin Hunderte Menschen unter Auflagen freikamen.

Diese Freilassungen sind zu begrüßen, doch laut Angaben der NGO *Foro Penal* waren am 6. April 2026 noch immer rund 485 Personen aus politischen Gründen willkürlich inhaftiert. Internationale Menschenrechtsnormen verbieten Praktiken wie Verschwindenlassen und Folter kategorisch. Jene, die für solche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, können von unabhängigen Justizorganen auch außerhalb Venezuelas strafrechtlich verfolgt werden.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Im Februar 2026 trat in Venezuela ein Amnestiegesetz in Kraft, das bis Ende März auf mehr als 8.000 Personen angewendet wurde. Allerdings wurden einige der Inhaftierten unter dem Gesetz nicht berücksichtigt. Dazu gehören die Schwestern Samantha (16) und Aranza Hernández (19), die seit November 2025 wegen terrorismusbezogener Vorwürfe inhaftiert sind. Ebenfalls nicht berücksichtigt wurden Perkins Rocha, der nach wie vor unter Hausarrest steht, sowie der gewaltlose politische Gefangene Javier Tarazona und der Journalist Rory Branker, die beide zunächst unter Auflagen freigelassen wurden, deren Anträge auf Amnestie nun aber abgelehnt wurden. Der Menschenrechtsverteidigerin Martha Lía Grajales wurde Amnestie gewährt, wodurch die Ermittlungen gegen sie eingestellt wurden. Doch am 13. April berichtete die NGO *SurGentes*, zu deren Mitgliedern Martha Lía Grajales gehört, dass die Staatsanwaltschaft das Telefon der Menschenrechtlerin untersuchen lasse.

Amnesty International setzt sich seit 2023 für Emirlendris Benítez, Javier Tarazona, María Auxiliadora Delgado, Juan Carlos Marrufo, Darío Estrada und Robert Franco ein. In einer Urgent Action und in dem Bericht *Detentions Without a Trace* vom Juli 2025 stellt Amnesty International Personen vor, deren Schicksale belegen, wie gängig in Venezuela die Praxis des Verschwindenlassens ist und insbesondere zwischen August 2024 und Juni 2025 war.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Sonnenallee 221 C . 12059 Berlin

T: +49 30 420248-0 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO SozialBank . IBAN: DE23370205000008090100

BIC: BFSWDE33XXX

AMNESTY
INTERNATIONAL



Zu diesen Personen zählen:

- Kennedy Tejeda, Pedro Guanipa, Freddy Superlano, Nélide Sánchez, María Oropeza, Eduardo Torres, Roland Carreño, Eudi Andrade, Ricardo Estevez, Biagio Pilieri und Williams Dávila, denen Amnestie gewährt wurde.
- Rosa Chirinos und Raymar Pérez, die aus der Haft entlassen wurden.
- Rocío San Miguel, Carlos Julio Rojas, Robert Franco, Darío Estrada, Jesús Armas, Luis Palocz, Luis Somaza, Yevhenii Trush, José María Basoa, Andrés Martínez Adasme und Dennis Lepaje, die gegen Kautionsfreilassung wurden.
- Und Emirlendris Benítez, María Auxiliadora Delgado, Juan Carlos Marrufo, Danner Barajas und Damián Rojas, die nach wie vor willkürlich inhaftiert sind, sowie Perkins Rocha und Rafael Ramírez, die sich im Hausarrest befinden.

Seit dem 6. April 2026 sind das Schicksal und der Verbleib von Jorgen Guanares unbekannt. Alfredo Diaz starb im Dezember 2025 in Gewahrsam.

Die Regierung geht seit Langem mit willkürlicher Inhaftierung gegen politisch Andersdenkende vor, um jede Form von Kritik zu unterdrücken. Häufig werden Menschen zwar freigelassen, dann aber direkt wieder festgenommen und inhaftiert. Gleichzeitig werden freigelassene Personen weiterhin willkürlich strafrechtlich verfolgt und in ihrer Freiheit eingeschränkt, was ein Klima der Angst schafft und Menschenrechtsverletzungen Vorschub leistet. Nach den Wahlen vom 28. Juli 2024 eskalierte die Situation: mehr als 2.000 Personen wurden aus politischen Gründen willkürlich inhaftiert. Viele von ihnen wurden scheinbar ohne jede Grundlage des Terrorismus und der Anstiftung zum Hass angeklagt, darunter auch schutzbedürftige Gruppen wie Kinder und Menschen mit Behinderungen.

Die Regierung fährt damit seit Langem eine repressive und auf Schikane, Strafverfolgung und Zensur beruhende Linie gegen Aktivist*innen und zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für den Schutz der Rechte der Venezolaner*innen einsetzen. In Venezuela herrscht derzeit eine komplexe humanitäre und menschenrechtliche Krise, die dazu geführt hat, dass so viele Menschen wie nie zuvor das Land verlassen haben, um im Ausland Schutz zu suchen. Bis Mai 2025 waren 7,9 Millionen Menschen aus Venezuela geflohen.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS, FAXE ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Bitte sorgen Sie dafür, dass alle Personen, die aus politischen Gründen willkürlich inhaftiert sind, umgehend und bedingungslos freigelassen werden und dass alle politisch motivierten Strafverfahren eingestellt werden.
- Stellen Sie dringend sicher, dass das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit aller Inhaftierten geschützt wird, dass sie angemessen medizinisch versorgt werden und Kontakt mit ihren Familien halten dürfen, und dass sie alle Verfahrensrechte wahrnehmen können, u. a. das Recht auf Wahl des Rechtsbeistands.

ACHTUNG! Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen und Hinweise“, ob die Briefzustellung in das Zielland ungehindert möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN

AMTIERENDE PRÄSIDENTIN

Delcy Rodríguez
Palacio de Miraflores
Av. Nt. 10, Caracas 1012, VENEZUELA
(Anrede: Ms Delcy Rodríguez /
Sehr geehrte Frau Rodríguez)

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER BOLIVARISCHEN REPUBLIK VENEZUELA

S.E. Herrn Ramon Orlando Maniglia Ferreira
Lietzenburger Str. 107
10707 Berlin
Fax: 030 – 83 22 40 20
E-Mail: embavenez.berlin@botschaft-venezuela.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch. Wir bitten Sie, nach dem **31. Juli 2026** keine Appelle mehr zu verschicken

Weitere Informationen zu **UA-072/2024** (AMR 53/8390/2024, 2. August 2024; AMR 53/8396/2024, 8. August 2024; AMR 53/9257/2025, 24. April 2025; AMR 53/0225/2025, 25. August 2025 und AMR 53/0635/2026, 23. Januar 2026)

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- I call on you to ensure the immediate and unconditional release of all individuals arbitrarily detained on political reasons, and to put an end to all politically motivated criminal proceedings.
- While under state custody, every detainee must have their life and personal integrity fully protected, along with access to all fair trial guarantees, including the right to choose their own legal representation, receive adequate medical care, and maintain contact with their families.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

